

BULLETIN N°030 - 8. JULI 2009

In dieser Ausgabe:

- ❖ **EUROCAMPUS** IM SÜDEN
 - ❖ **EU:** GRENZÜBERSCHREITENDE AKKREDITIERUNG
- ❖ **DEUTSCHLAND:** GESCHEITERTE HOCHSCHULPRÄSIDENTIN IN HAMBURG
 - ❖ **FRANKREICH:** CNRS-SPALTUNG BESCHLOSSEN
 - ❖ **GROSSBRITANNIEN:** BILDUNG IN DER REZESSION
 - ❖ **IRLAND:** TASKFORCE FÜR DIE WISSENSCHAFTEN
- ❖ **ITALIEN:** UNIVERSITÄTEN SUCHEN RETTUNG IN GEBÜHREN
 - ❖ **ITALIEN:** DIE REPUBLIK DER PRAKTIKANTEN
 - ❖ **KROATIEN:** BILDUNGSMINISTER TRITT ZURÜCK
 - ❖ **NIEDERLANDE:** EU RÜGT STUDIENFINANZIERUNG
- ❖ **POLEN:** STUDENTENMANGEL AN PRIVATHOCHSCHULEN
 - ❖ AKADEMIKERIMPORT IN DIE **SCHWEIZ**
- ❖ **SERBIEN:** 10 JAHRE BOLOGNA UND STUDIENGEBÜHREN
 - ❖ **SPANIEN:** STUDENTISCHER DEKALOG
 - ❖ **USA:** DIE BILDUNGSBLASE DROHT ZU PLATZEN



***Study without reflection is a waste of time;
reflection without study is dangerous. - Confucius***

ESNA bedankt sich bei seinen Lesern und Leserinnen.

Das Europäische Hochschulbulletin macht eine Sommerpause, die nächste Ausgabe erscheint am 16. September 2009.

EUROCAMPUS IM SÜDEN

Die Euroregion zwischen den Pyrenäen und dem Mittelmeer gründet einen der größten Hochschulverbände der Welt: den Eurocampus. In ihm vereinen 45 Hochschulen aus zwei französischen und drei spanischen Regionen über 40.000 Forscher und eine halbe Million Studierende zu einem kooperativen Netzwerk.



Ähnlich der Universitätsregion Charta im deutsch-belgisch-französisch-luxemburgischen Ländereck soll der Eurocampus die strukturellen Rahmenbedingungen für akademische Mobilität und wissenschaftlichen Austausch bieten. Zu den geplanten Maßnahmen gehören: Stipendien und Praktikplätze, Reisekostenzuschüsse, grenzüberschreitende Lehrstühle, Förderung des Fremdspracherwerbs und ein virtueller Campus im Internet.

Der Eurocampus soll dem Süden, der fernab der „Blauen Banane“ im Schatten der ökonomischen Zentren Nordeuropas liegt, zu neuer wirtschaftlicher Blüte zu verhelfen. [873]

Präsentation des Eurocampus, Palma de Mallorca, 18.06.2009 (auf Französisch)

EU: GRENZÜBERSCHREITENDE AKKREDITIERUNG



Die österreichische Qualitätssicherungsagentur (AQA) und das Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen (OAQ) dürfen ab sofort Universitäten in Deutschland akkreditieren.

Europaweit gesehen ist die grenzüberschreitende Qualitätsprüfung kein Einzelfall mehr. So prüfen etwa deutsche Agenturen in Holland. „Immer mehr Agenturen werden über die Grenzen hinaus tätig“, erläutert der Geschäftsführer des deutschen Akkreditierungsrates Achim Hopbach, „ein europäischer Hochschulraum wird auch auf der Ebene der Qualitätssicherung Realität.“ Weitere Entwicklungen in diesem Bereich: Die europäische Qualitätssicherungsagentur EQAR führt seit einem Jahr ein Register für Agenturen nach europäischem Standard, und der Zusammenschluss europäischer Qualitätssicherungsagenturen QAN plant die Schaffung eines europäischen Qualitätszertifikates. [869]

Pressemitteilung zur Zulassung AQA und OAQ, 10.06.2009

GESCHEITERTE HOCHSCHULPRÄSIDENTIN IN HAMBURG

Nach zweieinhalbjähriger Amtszeit verabschiedet sich das Hamburger Wissenschaftsministerium am 26. Juni vorzeitig von der umstrittenen Hochschulpräsidentin Monika Auweter-Kurtz.

Gescheitert ist die 1950 geborene Physikerin vor allem an ihrem autoritären Führungsstil, der bereits im März 2008 zu einem gerichtlichen Kompetenzstreit mit den Dekanen führte. Kollegen und Politiker verprellte sie mit selbstherrlichen Entscheidungen wie der Ablehnung des neuen gewählten Dekans der

geisteswissenschaftlichen Fakultät im Mai und dem Vorhaben, den Hochschulstandort in die Hamburger Hafengegend zu verlegen. Mit Auweter-Kurtz verlässt auch die Vision einer managerial geführten Hochschule die Hansestadt. Die Dekane der Fachbereiche – und ihre Idee eines lose verbundenen Systems verschiedener Lernkulturen – sind stärker denn je. [823]

FRANKREICH: CNRS-SPALTUNG BESCHLOSSEN

Die Spaltung der größten Forschungsorganisation Europas, des Centre National de la Recherche Scientifique in Frankreich, ist nach Erlahmen der landesweiten Proteste genehmigt worden. Der Verwaltungsrat des CNRS tagte am 25. Juni in Genf, was Kritiker als stille Flucht vor den wutentbrannten Forschern im Inland deuten.

Der Reformvertrag, mit großer Stimmmehrheit angenommen, bedeutet, dass das CNRS seine Autonomie verliert. Durch seine Spaltung in zehn unabhängige Institute erlangt des Wissenschaftsministerium über die Nationale Forschungsagentur größere Kontrollgewalt.

Pierre Girard, Vertreter der Gewerkschaften SGEN-CFDT, sieht darin den ersten Schritt zur gänzlichen Auflösung der Forschungsorganisation. Auch der Protestverein Sauvons La Recherche verurteilte die Machtverschiebung vom wissenschaftlichen zum Verwaltungsapparat. [837]

[Vertrag](#) des CNRS mit dem Staat, 25.06.2009 |

[Pressemitteilung](#) von Sauvons la Recherche, 18.06.2009 (beide auf Französisch)

GROSSBRITANNIENS BILDUNG IN DER REZESSION

Düstere Aussichten für Schulabgänger, bedürftige Studenten und akademische Lehrkräfte in Großbritannien. Mit dem Anfang Juli vorgestellten Sparpaket friert das Bildungsministerium die Stipendien und Unterhaltsdarlehen für bedürftige Studierende ein, die Darlehen für die Lehrerausbildung werden gekürzt und die Vergabe von Beihilfen für Schulabgänger wird eingeschränkt. Überdies dürften die Studiengebühren diesen Herbst um 2 % auf 3.290 Pfund angehoben werden. Universitätsminister David Lammy sagte, man habe eine „schwierige Entscheidung im Interesse der Studenten, Universitäten und Steuerzahler“ gefällt, durch die aber Mittel für die kommenden Semester frei würden. Vor allem für Studenten aus einkommensschwachen Familien ist dies ein harter Schlag; in den letzten sechs Jahren konnte ihre Zahl um immerhin sechs Prozent angehoben werden, ein Trend, der nun jäh abrechen dürfte. [884]

IRISCHE TASKFORCE FÜR DIE WISSENSCHAFTEN

Um Forschern in Irland bessere Bedingungen zu bieten, hat das Bildungsministerium im Juli eine Taskforce gegründet, die der „smart economy“ auf die Sprünge helfen soll.

Die 28-köpfige Taskforce soll die Regierung dabei beraten, wie sie ihr 8,2-Mrd.-Pfund-Budget für Forschung und Innovation am besten ausgibt, sie folgt dabei der Strategie zur Wirtschaftlichen Erholung (1), in deren Mittelpunkt wirtschaftsnahe Ausbildung, hochqualifizierte Beschäftigung



und technologieintensive Firmengründungen stehen.

Hierfür möchte Irland die Zahl der PhDs in den kommenden Jahren verdoppeln, man ist sich aber klar, dass Masse nicht gleich Qualität ist: Von den PhDs, die 2007 an staatlichen Förderprojekten arbeiteten, sind nur 9 % in die fachnahe Wirtschaft gegangen, 10 % suchten Arbeit in gänzlich anderen Feldern und 38 % schlossen dem PhD eine weitere Forschungsarbeit an. [867]

(1) Strategiepapier „Building Ireland’s Smart Economy – A Framework for Sustainable Economic Renewal 2009-2014“, 18.12.2008 (auf Englisch)

ITALIENS UNIVERSITÄTEN SUCHEN RETTUNG IN GEBÜHREN

Die italienische Hochschulreform geht schließlich auf Kosten der Studierenden. Die Universitäten parieren die gravierenden Einschnitte in den Bildungshaushalt durch Erhöhung der Studiengebühren.

Der akademische Senat der Universität Turin hat seinen Fakultäten erlaubt, eine Sondergebühr von 50 bis 300 Euro pro Student zu erheben. Er nimmt dabei in Kauf, dass die gesetzliche Obergrenze für Einnahmen durch Gebühren erneut überschritten wird. 2007 lag sie bereits um 6 Mio., 2008 um 4,5 Mio. Euro darüber.

In Bologna ist es den Studenten bisher durch heftige Proteste gelungen, die neue an Creditpoints gebundene Gebührenerhöhung zu verhindern.

Die Rektorenkonferenz CRUI warnte indes mit „größter Besorgnis“, dass die Universitäten bei den Kürzungen in den nächsten zwei Jahren ihren „Betrieb unmöglich aufrecht erhalten können.“ [830]

ITALIEN: DIE REPUBLIK DER PRAKTIKANTEN

Die Zahl der Praktikanten nimmt zu, der Anteil derjenigen, die danach angestellt werden, ab. Von 45 auf 26 % ist die Rate derer, die nach einem Praktikum einen Arbeitsvertrag bekommen in den letzten zehn Jahren gesunken, stellt das italienische Universitätskonsortium AlmaLaurea in ihrem diesjährigen Bericht zur Beschäftigung von Absolventen fest.

Der Blog „Die Republik der Praktikanten“, die deren Erfahrungen und Meinungen sammelt, hat nun reagiert und eine Charta der Rechte der Praktikanten verfasst: Praktikanten können jung sein und brauchen keine Erfahrungen besitzen, sie sollten ein Taschengeld bekommen und einen Tutor an ihrer Seite haben, sie dürfen nicht als prekäre Arbeitskräfte missbraucht werden, und ein Drittel sollte am Schluss übernommen werden. Der Blog veröffentlicht auch eine Liste der „guten“ Unternehmen, die diese Regeln befolgen. [861]

[Bericht](#) der AlmaLaurea 2008, 01.04.2009 |

[Charta](#) der Rechte der Praktikanten (beide auf Italienisch)

KROATISCHER BILDUNGSMINISTER TRITT ZURÜCK

Mit Rücktritt des kroatischen Premiers Ivo Sanader verlässt auch Bildungsminister Dragan Primorac sein Amt. Am 6. Juli hat das Parlament in Zagreb bereits die bisherige Stellvertreterin Sanaders, Jadranka Kosor, zur neuen Regierungschefin Kroatiens gewählt. Der Forscher Radovan Fuchs übernimmt das Bildungsministerium. Primorac stand seit Mitte April im Feuer der Kritik. Zum ersten Mal seit 1971 demonstrierten Studenten in den Straßen Zagrebs und besetzten sogar die Philosophische Fakultät mit der Forderung, die Studiengebühren abzuschaffen. Mit der Einführung von Studiengebühren – zwischen 800 und 1200 Euro pro Jahr – wollte Primorac die „ewigen Studenten“, die den Staat nach seinen Aussagen 3000 Euro im Jahr kosten, entmutigen. Zu den Verdiensten Primoracs gehört die Teilnahme Kroatiens am Bolognaprozess und am Erasmus-Programm und der Ausbau der internationalen Forschungsbeziehungen. [898]



Radovan Fuchs (geb. 1953),
kroatischer Minister für Bildung,
Wissenschaft und Sport seit Juli 2009

EU RÜGT NIEDERLÄNDISCHE STUDIENFINANZIERUNG

Die Europäische Kommission droht den Niederlanden mit einer Klage, sollte sie ein diskriminierendes Gesetz zur Studienfinanzierung nicht ändern. Das in Frage stehende Gesetz von 2007 verlangt, dass jemand mindestens drei der letzten sechs Jahre im Land gelebt haben muss, um Anspruch auf staatliche Stundenzuschüsse (und das Recht, sie mit ins Ausland zu nehmen) zu haben. Diese Regelung verstößt jedoch nach Ansicht der Kommission gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz für EU-Bürger. Nach Auskünften von NUFFIC, der niederländischen Organisation für internationale Hochschulzusammenarbeit, verteidigte Bildungsminister Ronald Plasterk das Gesetz. Er sagte, es würde große Verluste implizieren, wenn der Staat alle, die nur kurze Zeit in Holland verweilen, finanzieren müsse; außerdem seien Ausnahmeregelungen für deutsche und belgische Pendler eingeführt worden. [858]

STUDENTENMANGEL AN POLNISCHEN PRIVATHOCHSCHULEN

Schwache Abiturjahrgänge und das Ende der Militärpflicht bringen polnische Privathochschulen in die Bredouille. Es gibt 30.000 Abiturienten weniger diesen Sommer, ein Trend, der sich fortsetzen wird. Und da ab sofort keine Militärpflicht mehr besteht, dürften sich schätzungsweise 2000-3000 junge Männer weniger immatrikulieren, um den Dienst an der Waffe zu vermeiden. Was für die überfüllten öffentlichen Hochschulen eine Entlastung ist, ist für die Privatschulen, besonders die kleineren, ein Fluch. „Wir sind in der schlechteren Ausgangsposition“, sagt Piotr Sychala, Chefmanager der Hochschule für Bankwesen (WSB) in Breslau, „denn natürlich gehen die Abiturienten zuerst an die kostenlosen öffentlichen Universitäten.“ 2008 studierten 660.000 Personen an 324 Privathochschulen, 1,2 Mio. Studenten waren an 131 öffentlichen Universitäten eingeschrieben. [859]

AKADEMIKERIMPORT IN DIE SCHWEIZ

Die Schweiz sortiert ihren Arbeitskräfte- und Bildungsimport. Seit den 90er Jahren hat sich der Anteil von Zuwanderern mit Hochschulausbildung und mit EU-Pass stark erhöht, ersterer ist von 20 auf über 50 % gestiegen, letzterer macht inzwischen zwei Drittel aus.

Es war ein Jahrzehnt des Wirtschaftswunders in der Schweiz, Hunderttausende neuer Arbeitsplätze wurden geschaffen, die „Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und die Expansion von Branchen mit hoher Wertschöpfung gingen Hand in Hand“, und man hat – wie die Denkfabrik Avenir Suisse es ausdrückt – „von den im Ausland getätigten Bildungsinvestitionen profitiert“.

Der Blick nach vorn soll nun Engpässen durch Überalterung vorbeugen: Ab Herbst etwa wird ein neues Gesetz Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss den Zugang zum Arbeitsmarkt weiter erleichtern. [828]

Dossier „Die Neue Zuwanderung“, Avenir Suisse, 2008 | „Jung, hoch qualifiziert und aus Europa“, 18.06.2009 | Gesetzesvorlage zur „Erleichterten Zulassung“, 22.06.2009

SERBIEN: 10 JAHRE BOLOGNA UND STUDIENGEBÜHREN

Anlässlich des zehnten Jahrestages der Bologna-Deklaration am 19. Juni haben Belgrader Studenten mit einer öffentlichen Aktion auf die enorme Verteuerung der Bildung in Serbien aufmerksam gemacht. Sie führten in der Fußgängerzone des Zentrums eine Umfrage durch, für die sie die Passanten nach dem Preis verschiedener Arten des Wissens befragten: „Was ist der Preis soziologischen Wissens? Was sollte Klavierspielenkönnen kosten? Wie viel sollte der junge Mann in Grün, was das Mädchen mit den Sandalen dafür bezahlen?“

Wissen muss man erlernen, war eine der Antworten, man kann es nicht kaufen. Ebenfalls vor zehn Jahren wurden Studiengebühren in Serbien eingeführt, an der Universität Belgrad zahlt ein Student heute bis zu 5000 Euro. Zum Vergleich: das durchschnittliche Monatseinkommen liegt bei 400 Euro. Trotz des hohen Preises beklagen die Studenten, dass sich die Qualität der Hochschullehre in den letzten Jahren nicht verbessert habe. [944]



Belgrader Studentenprotest gegen die Kommerzialisierung der Bildung, 19.06.2009

SPANIEN: STUDENTISCHER DEKALOG

Der spanische Protest am Bolognaprozess ist keineswegs im Nichts verraucht. Vergangene Woche stattete eine Gruppe von Studenten dem Bildungsministerium in Madrid einen überraschenden Besuch ab und verkündete eine „symbolische Besetzung“ mit dem Slogan: „Zehn Jahre Bologna sind genug!“

Weit entfernt, die Aktion einer extremen Randgruppe zu sein, folgt sie der Besetzung des regionalen Bildungsministeriums und der Bank Santander in Barcelona am Monatsanfang und wird von der nationalen Studentengewerkschaft

(SE) unterstützt, deren Generalsekretär Tohil Delgado Bildungsminister Ángel Gabilondo einen „Dekalog“ studentischer Forderungen überreicht hat. Der Dekalog fordert die komplette Abkehr vom Bolognaprozess, eine Ausfinanzierung der Studienplätze und einen runden Tisch der akademischen Gemeinschaft, „um einen neuen Plan für eine öffentliche, kostenlose und hochwertige Universität“ zu entwerfen. [904]

[Dekalog](#) der studentischen Forderungen, SE, 03.07.2009 (auf Spanisch)

USA: DIE BILDUNGSBLASE DROHT ZU PLATZEN

Um 440 % sind die Einschreibe- und Studiengebühren in den USA in den letzten 25 Jahren gestiegen, viermal schneller als die Inflation und doppelt so schnell wie die Gesundheitskosten. Die Privatuniversitäten haben jetzt in der Krise die Preise noch einmal angezogen, nicht wenige verlangen für ein Studienjahr gut 50.000 Dollar.

Doch die Branche steht am Abgrund: 30 bis 40 % Anlageverluste, steigende Schulden und Fixkosten bei sinkenden Einnahmen und Spenden – Grund genug für die *New York Times* zu fragen: Wann wird die Bildungsblase platzen?

Vielleicht bald: Viele Familien, von Kreditknappheit und Arbeitslosigkeit bedroht, wollen oder können keine weiteren Schulden aufnehmen, lassen ihr Kind länger zuhause wohnen und schicken es lieber auf öffentliche Colleges – um 40 % haben die Bewerbungen dort in diesem Jahr zugenommen. Dem steht eine Beschäftigungsrate der Absolventen von nur 19 % gegenüber. Nimmt man noch die erwarteten geburtenschwachen Jahrgänge des nächsten Jahrzehnts hinzu, stehen dem privaten Hochschulwesen der USA finstere Zeiten bevor. [1061]

„[Will Higher Education Be the Next Bubble to Burst?](#)“, CHRONICLE OF HIGHER EDUCATION, 22.05.2009 | „[The Education Bubble](#)“, NEW YORK TIMES, 30.06.2009